

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 28. Februar 1964

Blatt 421

## Sitzung des Wiener Landtages

=====

28. Februar (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Geschäfts-sitzung zusammen.

Die ÖVP hatte einen Antrag betreffend "Einführung von Volksbegehren und Volksabstimmungen in Wien" eingebracht. Ferner lag von der ÖVP eine dringliche Anfrage an den Landeshauptmann vor, betreffend "das wiederholte Nichteinhalten einer Bestimmung der Verfassung der Stadt Wien". Darüber wurde der Antrag auf Verlesung gestellt sowie auf eine mündliche Begründung der Anfrage und eine Debatte darüber. Der Vorsitzende teilte mit, daß dieser Antrag vor Schluß der Landtagssitzung behandelt werden wird.

## Nachruf auf Abgeordneten Wohlmuth

Präsident Marek hielt hierauf einen Nachruf auf den vor kurzem verstorbenen Abgeordneten Rudolf Wohlmuth (ÖVP), der von den Mitgliedern des Landtages stehend angehört wurde.

## Änderung der Wiener Bauordnung

Über den ersten und einzigen Punkt der Tagesordnung, die Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien abgeändert wird, referierte Stadtrat Sigmund (SPÖ). Wie er feststellte, soll mit dieser Änderung die Vermengung von Arbeitsstätten und Wohnungen im sogenannten "gemischten Baugebiet" verhindert werden. Zur Verwirklichung des städtebaulichen Grundkonzepts soll daher im gemischten Baugebiet die Möglichkeit geschaffen werden, durch Festsetzung des neuen Widmungsbegriffs

./.

"Betriebsbaugebiet" Baublöcke ausschließlich für die Schaffung von Gewerbebetrieben vorzusehen. Dort dürfen nur solche Wohnungen gebaut werden, die ausschließlich dem Bedarf der jeweiligen Betriebsleitung und der Betriebsaufsicht dienen. Gleichzeitig sollen innerhalb von Geschäftsvierteln Gast- und Schankbetriebe sowie Versammlungsstätten zugelassen werden. Die geltenden Bestimmungen des Wiener Garagengesetzes werden durch diese Novellierung nicht berührt.

Abg. Hausner (KLS) begrüßt die Vorlage, da sich das gemischte Baugebiet für die Bewohner dieser Gebiete sehr nachteilig ausgewirkt hat. Sie entspricht einer Forderung des städtebaulichen Grundkonzepts. Jetzt wird es darauf ankommen, das auch zu verwirklichen. In den Erläuterungen wird erwähnt, daß es noch zwei bis drei Jahre dauern wird, bis eine neue Bauordnung fertiggestellt werden kann. Man läßt sich also Zeit, obwohl es sich erwiesen hat, daß die Bauordnung von 1930 in vieler Hinsicht den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entspricht. Gerade in einer Zeit, wo die Gemeinde nicht mehr allein als Bauherr fungiert, ist eine neue Bauordnung dringend notwendig. Bei vielen ist die Triebfeder ja nicht nur, den Wohnungsbedarf zu befriedigen, sondern der Wunsch, dabei auch viel zu verdienen. Das Streben nach Gewinn führt zum Streben nach maximaler Ausnützung der Grundstücke. Anstelle möglichst geeigneter Wohnungen werden möglichst viele Wohnungen errichtet. Den Nachteil haben die Bewohner. Es ist daher unverständlich, daß die Erstellung der Bauordnung für Wien so lange hinausgezögert wird. Wir stimmen dem Gesetzesantrag zu, möchten aber doch, daß die Erstellung der Bauordnung wesentlich beschleunigt wird.

Abg. DDr. Prutscher (ÖVP) begrüßt diese Vorlage als Fortschritt. Mit dieser Vorlage treten wir vom Altertum in die Neuzeit. Das heißt aber nicht, daß alles erledigt ist und nichts mehr zu tun bleibt. Gerade in diesem Zusammenhang ist noch eine Reihe von technischen Aufgaben zu lösen. Wir haben darauf zu achten, daß die Menschen nicht durch Lärm und schlechte Luft belastigt werden, wir haben aber auch die Notwendigkeiten der Wirtschaft zu berücksichtigen. Es geht ja nicht allein darum, daß man die Vorschriften aufstellt, sondern man muß den Betrieben, die soziale Vorschriften zu erfüllen, Steuern zu zahlen und für Aufträge zu sorgen haben, zeigen, welche Wege zu gehen sein werden.

./.

Die Vorlage ist ein Beispiel dafür, daß wir eine Planung in Freiheit durchführen können. Darum geben wir diesem Gesetz gerne unsere Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP).

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf einstimmig zum Beschluß erhoben.

#### Eine dringliche Anfrage

Hierauf wird eine Dringliche Anfrage der ÖVP behandelt. Darin wird mit Bedauern festgestellt, daß wiederholt die Bestimmungen der Wiener Verfassung, wonach über im Landtag eingebrachte Anträge binnen Monatsfrist der zuständige Amtsführende Stadtrat dem zuständigen Ausschuß zu berichten hat, nicht eingehalten wurde. Es wird die Frage aufgeworfen, ob der Landeshauptmann erklären kann, weshalb die Bestimmung wiederholt nicht eingehalten wurde, und ob er bereit ist, in Hinkunft dafür Sorge zu tragen, daß über im Landtag eingebrachte Anträge binnen Monatsfrist vom Stadtrat im Ausschuß berichtet wird.

In Begründung der Anfrage zitiert Abg. Dr. Habl (ÖVP) eine Reihe von Anträgen, über die nicht innerhalb der festgesetzten Frist berichtet wurde, und erklärt, daß die dringliche Behandlung der Anfrage verlangt wurde, weil Wahlen bevorstehen und lange vor der Wahlzeit viel ruhiger und sachlicher über die verschiedenen aufgeworfenen Probleme gesprochen werden kann. Die Antragsteller wenden sich deshalb an den Landeshauptmann, weil er auch unser Landeshauptmann ist, zu dem auch wir das Vertrauen haben, daß er einem Übelstand abhilft. (Beifall bei der ÖVP.) In Vertretung des abwesenden Landeshauptmannes erklärt Landeshauptmann-Stellvertreter Vizebürgermeister Slavik, (SPÖ) er hätte es für zweckmäßiger gehalten, bei der ersten Nichteinhaltung der entsprechenden Bestimmung sofort den Landeshauptmann damit zu beschäftigen. Die Frage, ob der Landeshauptmann bereit ist, in Hinkunft dafür Sorge zu tragen, daß über eingebrachte Anträge binnen Monatsfrist berichtet wird, erübrigt sich, denn der Landeshauptmann ist schon auf Grund der Verfassung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen der Verfassung auch eingehalten werden. Diese Erklärung bin ich gerne bereit, abzugeben.

Präsident Marek erklärt, daß mit der soeben erfolgten Beantwortung die Anfrage erledigt ist.

Damit ist auch die Tagesordnung der Landtagssitzung erledigt. Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

28. Februar (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Gemeinderat Marek (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Es lag eine Anfrage der KLS und drei Anfragen der FPÖ vor. Eine dringliche Anfrage der (ÖVP) für die die Verlesung und Besprechung verlangt wurde, forderte Aufklärung darüber, ob oder inwieweit der Fernsehbericht über den städtischen Schlachthof St. Marx den Tatsachen entspricht. Eine dringliche Anfrage der Gemeinderäte Lauscher und Genossen (KLS) betraf eine Kreditaufnahme für junge Wiener Ehepaare. Beide Anfragen werden vor Schluß der Sitzung behandelt werden.

Ferner werden eingebracht: eine Antrag der SPÖ, betreffend "Maßnahmen zur Erhaltung des Bisamberges als Erholungsgebiet für die Wiener Bevölkerung"; zwei Anträge der KLS, betreffen den "Kagraner Friedhof" und die "Instandsetzung der Plankenmaisstraße im 22. Bezirk"; zwei Anträge der FPÖ betreffend "die Einstellung der Müllschüttung in der Löwygrube in Wien 10" und die "Wasserentnahme von Hydranten zur Durchführung der vorgeschriebenen Winterspritzung für Obstgehölze". Ein Antrag der ÖVP betrifft ein "ausreichendes Aufsichts- und Kontrollrecht durch die Gemeinderäte über Wirtschaftsunternehmungen, die im Besitz der Gemeinde Wien sind, bzw. über jene, an denen die Gemeinde Wien beteiligt ist." Alle Anträge wurden zur weiteren Behandlung den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Ein neuer Gemeinderat

Durch den Tod von GR. Wohlmuth (ÖVP) ist die Stelle eines Gemeinderatsmitgliedes im 9. Wiener Gemeindebezirk freigeworden. Als nächster Ersatzmann wurde für diese Stelle Romann Köchler der sein Mandat als Bezirksvorsteher zurückgelegt hat, als Gemeinderat vorgeschlagen und angelobt.

Durch die Zurücklegung der Funktion des Mitgliedes des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt durch Stadtrat Bock und den Tod von GR. Wohlmuth wurden einige weitere Wahlen notwendig.

Als Mitglied des Aufsichtsrates der Städtischen Versicherung wurde GR. Pfoch (SPÖ) vorgeschlagen und mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gewählt. Als Mitglied des Gemeinderatsausschusses I (Personal)

und der Gemeinderätlichen Personalkommission wurde GR. Köchl (ÖVP), als Mitglied des Gemeinderatsausschusses IX (Wohnungen) GR. Kowarsch (ÖVP) und als Mitglied des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien GR. Josef Bauer (ÖVP) mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

#### Zusätzliche Gemeindeaufgaben

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referierte sodann über den "Ersten periodischen Bericht aus 1964", der Überschreitungen für das Jahr 1963 mit insgesamt 229,814.900 Schilling umfaßt. Der Referent hob einige wichtige Posten besonders hervor. Eine Überschreitung von 15 Millionen Schilling wurde durch die Übernahme einer Kapitalerhöhung der Wiener Stadthalle-Stadion-Betriebs- und Produktions-Ges.m.b.H. durch die Stadt Wien und die Beteiligung der Stadt Wien an der Gewista Werbegesellschaft mbH. notwendig. 20 Millionen Schilling entfallen auf die Gewährung zinsfreier Darlehen zur Instandhaltung von Wohnhäusern und Herstellung von Kanalschlüssen und 48,660.000 Schilling auf Gewährung von Darlehen der Hoheitsverwaltung an die Wiener Stadtwerke ~~-Verkehrsbetriebe~~ zur Bestreitung des erhöhten Personalaufwandes sowie Vorauszahlung für die Anschaffung von Gelenktriebwagen. Eine Überschreitung von 1,5 Millionen Schilling wurde durch die Gewährung einer Subvention an die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und eine von zwei Millionen Schilling durch erhöhte Kosten für die Unterbringung von Wiener Kindern außerhalb Wiens sowie Erhöhung der Kostenzuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege verursacht. Die Erhöhung der Fürsorgerichtsätze und Gewährung von zwei außerordentlichen Beheizungszuschlägen machte eine Überschreitung von 2,990.000 Schilling notwendig und Mehrausgaben bei der Nachschaffung und Reparatur von Möbeln und Einrichtungsgegenständen, Kleidung, Wäsche etc. erforderten zusätzlich 1,050.000 Schilling. Durch die Erhöhung der Hilflosenzuschüsse an Pfleglinge entstand eine Überschreitung von 1,8 Millionen und durch weitere Mehrausgaben für Inventargegenstände des Allgemeinen Krankenhauses 2,4 Millionen .

Für die Anschaffung von Buchungsautomaten für die Pflegegebührenstelle im Krankenhaus Lainz und im Wilhelminenspital waren 1,060.000 Schilling notwendig, für Arzneien und Verbandstoffe 4,2 Millionen, für erhöhte Inanspruchnahme der Ambulanzen 2,1 Millionen, die Erhöhung der Baurate zur Sanierung des alten Teiles des Allgemeinen Krankenhauses drei Millionen, die Errichtung des Bürogebäudes und des Lagerplatzes für die Städtische Beleuchtung weitere zwei Millionen. Die Behebung der infolge des strengen Winters in den Straßen Wiens entstandenen Frostschäden verursacht eine Überschreitung von 45 Millionen. Der Ankauf des Motorschiffes "Erdberg" verursachte 2,2 Millionen Mehrkosten. Für die Instandsetzung und Erneuerung von Leitungen im Zusammenhang mit Straßen- und Brückenbauten ist eine Überschreitung von vier Millionen, und für den Donaupark sind 21 Millionen Schilling in der Liste enthalten. Die Mehrausgaben für die Schneeräumung durch die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe verursachen eine Überschreitung von 2,636.000 Schilling und die Anschaffung von Müll-Großraumbehältern und automatischen Hebe- und Kippvorrichtungen 1,085.000 Schilling, für den Ankauf von Müllgefäßen und Mülleimern waren 1,5 Millionen und für die Verstärkung der elektrischen Versorgungsleitungen vier Millionen Schilling erforderlich. Zehn Millionen Schilling waren infolge Erhöhung der Hausbesorgerentgelte notwendig, und 8,4 Millionen durch die Übertragung einer Liegenschaft in Perchtoldsdorf aus dem Sondervermögen der Wiener Stadtwerke-Gaswerke in das freie Eigentum der Stadt Wien.

Alle diese Überschreitungen beruhen auf Gemeinderatsbeschlüssen. Die Summe der Überschreitungen der bisherigen periodischen Berichte betrug 447,872.900 Schilling, die des vorliegenden periodischen Berichtes 229,814.900 Schilling. Die Bedeckung dieser 229,8 Millionen erfolgt aus Mehreinnahmen, Minderausgaben aus nicht veranschlagten Einnahmen und aus der Allgemeinen Rücklage.

GR. Prof. Eleonora Hiltl (ÖVP) bemängelte zunächst mehrere Unklarheiten, die durch Zusammenziehung verschiedener Punkte in einzelnen Posten entstehen könnten. Es sei beispielsweise unklar, wieviel der Theodor Körner-Stiftungsfonds und wieviel die Wiener Volksbildung an Subventionen bekommen haben.

Im weiteren nahm GR. Hiltl ausführlich zu der Übernahme einer Kapitalserhöhung der Wiener Stadthalle-Stadion-Betriebs- und Produktionsges.mBH durch die Stadt Wien Stellung. Sie stellte fest, daß das Kapital dieser Gesellschaft in der Vergangenheit immer wieder aufgestockt wurde, das heißt, daß schon bisher große Beträge zur Produktion von Filmen in die Gesellschaft hineingesteckt wurden. Diese Filmproduktion aber sei eine äußerst problematische Angelegenheit. Es sei nämlich mehr als fraglich, ob durch die von der Stadthallen-Gesellschaft produzierten Filme Österreich ein Dienst erwiesen wird.

Die Jahresproduktion 1962/63 dieser Gesellschaft beinhalte Titel wie: "Unsere tollen Nichten", "Die schwarze Kobra", "Die tollen Tanten in der Südsee", "Im singenden Rössel am Königssee" usw. Auch im Rahmen der Filmkommission, der sie selbst angehört, sei es keineswegs ein Vergnügen, sich solchen Quatsch ansehen zu müssen. GR. Hiltl zitierte mehrere scharfe Kritiken der "Arbeiter-Zeitung" über diese Filme. In einer dieser Kritiken hieß es zum Beispiel: "Wir präsentieren voll Stolz den größten Blödsinn des Jahres." Sowohl inhaltlich als auch regiemäßig seien diese Filme Katastrophen und das alles gehe als österreichische Filmproduktion ins Ausland. Mit Millionengeldern der Gemeinde aber werde das Kapital der Produktionsgesellschaft aufgestockt, die diese Machwerke erzeugt.

Die Begründung, man erwarte sich von diesen Filmen finanzielle Erfolge, weil man - Ironie des Schicksals - mit Blödsinn gute Geschäfte machen könne, dürfte jedoch auch nicht stimmen. So scheine zum Beispiel in einer Aufstellung der sogenannten "Spitzenreiter", also jener Filme, die finanziell am erfolgreichsten waren, lediglich ein einziger Film der **Stadthalle** Produktion auf, nämlich die "Tollen Nichten" - dieser jedoch erst an 19. Stelle unter insgesamt 22 Filmen.

Da ihre Fraktion, so betonte GR. Hiltl, auch schon in den Ausschüssen der Kapitalaufstockung der Stadthalle-Filmproduktions-Gesellschaft nicht zugestimmt habe, werde sie es jetzt auch nicht tun. Die Rednerin stellte daher den Antrag auf getrennte Abetimmung.

Vizebürgermeister Slavik erinnerte in seinem Schlußwort daran, daß der Gemeinderat alle Anträge, die zu den Überschreitungen geführt haben, bereits früher beschlossen hat.

Die Aufstockung bei der Stadthalle-Gesellschaft ist nicht ausschließlich aus dem Grund erfolgt, weil dort eine Filmproduktion eröffnet wurde, sondern die Wiener Stadthalle hat nun auch das Wiener Stadion, das Stadionbad und die Internationale Gartenausstellung organisatorisch zu betreuen. (GR. Mühlhauser, ÖVP, Die letzten zehn Millionen waren nur für den Film!) Mit dieser Kapitalaufstockung muß die Stadthalle alle ihr wachsenden Aufgaben erfüllen. Für die Aufnahme der Filmproduktion bei der Wiener Stadthalle-Gesellschaft waren vor allem wirtschaftliche Erwägungen maßgebend. Der Wiener Stadtverwaltung wäre es viel lieber, wenn sich die Republik Österreich um die Filmproduktion kümmern würde. In allen anderen Staaten wird der Film aus wirtschaftlichen Gründen gefördert, bei uns in Österreich geschieht leider von Seiten des Bundes nichts. Wir haben aber in Wien unsere Ateliers, die Techniker, Künstler, Regisseure und Schauspieler. Leider sind heute 90 Prozent der in Österreich und in Wien vorgeführten Filme ausländische Streifen. Dafür zahlen die Österreicher brav Eintrittsgeld, das zum großen Teil ins Ausland geht. Wir dürfen die Filmproduktion in Österreich nicht zugrunde gehen lassen, und wir sollen auch auf diesem Gebiet versuchen, die Handels- und Zahlungsbilanz zu verbessern. Leider hat Willy Forst ein Angebot der Stadthalle, die das Risiko für ein großes Filmprojekt auf sich nehmen wollte, abgelehnt; er arbeitet nicht mehr im Film, weil er verärgert und vergrämt ist. Wir können den Künstlern, betonte der Vizebürgermeister, nicht Ideen geben, das müssen die Künstler allein schaffen. Wir würden uns freuen, wenn es Künstlern und Regisseuren gelingen würde, mit dem zur Verfügung gestellten Geld Filme zu produzieren, auf die wir in Österreich stolz sein könnten.

Bei der Abstimmung wurde: die Kapitalerhöhung bei der Stadthalle-Gesellschaft mit den Stimmen der Sozialisten, alle anderen Überschreitungen einstimmig zur Kenntnis genommen.

900 Millionen zur Erhaltung der Althäuser

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referierte sodann über die Erhöhung des Betrages für die Gewährung zinsfreier Darlehen zur Instandhaltung von Mietwohnhäusern um 70 Millionen auf 900 Millionen Schilling. Er hob hervor, daß mit Hilfe dieser großen Beitragsleistung der Gemeinde Wien mehr als 2.500 Häuser instandgesetzt wurden.

GR. Lauscher (KLS) bezeichnete die respektable Summe von 900 Millionen Schilling als weiteren Beweis dafür wie dringend das Problem der Instandsetzung der Wiener Althäuser geworden ist. Auf die Dauer sind Hausreparaturen auf der Grundlage des Mietengesetzes untragbar, ungerecht und asozial, da die betroffenen Mieter sehr hohe Zinse zahlen müssen, obwohl die renovierten Häuser ihnen keinen modernen Wohnkomfort bieten können.

Die Auswechslung der ÖVP-Regierungsmannschaft gebe zu Besorgnis Anlaß, da die "harten" Männer der Reformgruppe einer gerechten Lösung des Wohnungsproblems wohl kaum sympathisch gegenüberstehen. Für die Instandsetzung der Althäuser wäre ein Reparaturausgleichsfonds dringend erforderlich. Die SPÖ habe jetzt eine umso größere Verantwortung in dieser Frage zu tragen und müsse sehr entschieden eine wirklich gerechte Lösung des Wohnungsproblems verlangen. Sie könne damit rechnen, daß sie sich dabei auf die Unterstützung der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung stützen kann.

GR. Windisch (SPÖ) zeigte auf, daß der von der Gemeinde in den letzten zehn Jahren zur Verfügung gestellte Betrag von 900 Millionen Schilling nur ein Teil des Aufwandes ist, der für die Renovierung der Althäuser aufgebracht wurde. Diese hohen Summen widerlegen allein schon die Behauptung, daß die Wiener Althäuser verfallen. Der Redner warnte davor, diese Aktion der Gemeinde Wien als eine Selbstverständlichkeit hinzunehmen oder gar als einen Ersatz für einen Bundes-Reparaturausgleichsfonds zu betrachten. Daß dieser von den Sozialisten seit 1949 verlangte Ausgleichsfonds noch nicht geschaffen wurde, ist eine krasse Mißachtung einer Forderung der österreichischen Bevölkerung durch die ÖVP. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Die Budgetdebatte im Dezember 1963 hat manche unterschiedliche Auffassung zwischen ÖVP-Bundesparteileitung und Wiener ÖVP-Leitung gezeigt.

Der Redner appellierte an die Wiener ÖVP-Abgeordneten, sie mögen die neuen Männer in der Regierung darauf aufmerksam machen, wie wichtig die Schaffung eines Reparaturausgleichfonds ist. Die Sozialisten werden selbstverständlich dem vorliegenden Antrag zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Slavik erklärte abschließend, er persönlich und die Sozialistische Partei seien jederzeit bereit, die Wohnungsfrage bis zum vereinbarten Termin 31. Dezember zu lösen. Aber leider scheiden sich hier die Geister noch sehr wesentlich. Die Wiener Unterstützungsaktion für die Reparatur der Althäuser wirkt sich unerhört segensreich aus, man dürfe aber nicht übersehen, daß auch die Belastungen, die die Mieter durch den erhöhten Zins übernehmen müssen, den Hausbesitzern zugute kommen. Die ganze Jammerei und Raunzerei wegen der Erhaltung der Altwohnhäuser hängt nur damit zusammen, daß die Hausbesitzer mehr Zins haben möchten. Man soll der Bevölkerung endlich sagen, ob man dafür ist, daß die Hausherren wieder eine Rente bekommen, oder nicht. Wenn man akzeptiert, daß die Hausbesitzer keine Rente mehr erhalten, dann gibt es auch eine Einigung bis zum 31. Dezember. Bei Nichteinigung kann diese Frage in den koalitionsfreien Raum kommen. Dann werden insbesondere die Wiener ÖVP-Abgeordneten vor eine schwere Gewissensfrage gestellt sein (Stadtrat Schwaiger: Wir werden es aushalten!) Dann wird sich zeigen, ob den Abgeordneten der ÖVP die Hausherrenrente oder die Erhaltung der Wohnungen wichtiger ist. Jeder muß dann mit seinem Gewissen vereinbaren, wie er im Parlament entscheidet. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Subventionen

Hierauf referierte Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) über einen Antrag, bis auf weiteres den Wiener Landesverbänden des Bundesjugendringes eine Million und verschiedenen anderen Organisationen zusammen 600.000 Schilling als jährliche Subventionen zu gewähren.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärte dazu, daß es im Bundesjugendring 14 teils politische, teils religiöse Jugendorganisationen gibt, die aber nur den wesentlich kleineren Teil der österreichischen Jugend erfassen.

Da der Jugendring mit Steuergeldern reichlichst subventioniert wird und sich auch sonst großzügigster öffentlicher Förderung erfreut, müßte man annehmen, daß er auch für alle Jugendlichen Österreichs dazusein hätte. Das ist aber bedauerlicherweise nicht der Fall. Die im Jugendring zusammengeschlossenen Vereine wollen anscheinend untereinander bleiben. So sind erst kürzlich die Aufnahmeansuchen des Ringes freiheitlicher Jugend und der großen Organisation der Alpenvereinsjugend ohne Angabe von Gründen einfach abgelehnt worden, obwohl die für die Aufnahme geforderten Voraussetzungen lückenlos erbracht worden sind. Allein in der Ablehnung ohne Angabe von Gründen zeigt sich eine gewisse Mischung von Präpotenz und Unhöflichkeit. Auf Grund dieses Verhaltens, das der Österreichische Bundesjugendring der FPÖ bzw. ihrer Jugendorganisation entgegenbringt, sei er leider nicht in der Lage, der Subventionierung dieser Verbände unsere Zustimmung zu geben.

In seinem Schlußwort erklärte Vizebürgermeister Slavik, daß die Jugend hier nicht bevormundet werden soll, da es nicht Aufgabe des Wiener Gemeinderates ist, in die Tätigkeit des Bundesjugendringes einzugreifen; er soll seine Probleme allein diskutieren und nach Möglichkeit einer Lösung zuführen.

Bei der Abstimmung wurden die Subventionen für die Mitgliedsorganisationen des Jugendringes mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS, die übrigen einstimmig genehmigt.

Schließlich berichtete Vizebürgermeister Slavik über den Antrag, für die Verrechnung des Notopfers gemäß Budgetsanierungsgesetz 1963 eine im Voranschlag 1963 nicht vorgesehene Ausgabe von 105 Millionen Schilling zu genehmigen. Es handelt sich dabei um die auf Wien als Land und Gemeinde entfallenden 30 Prozent des 350 Millionen Schilling ausmachenden Gesamtbetrages.

GR. Lauscher (KLS) lehnte die Vorlage ebenso wie seinerzeit das Notopfer ab und erklärt, daß die damals vorgebrachten Argumente durch die Entwicklung des Bundesbudgets bestätigt wurden. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß der Finanzminister genügend Reserven hätte, die er heranziehen könnte. Die Entwicklung des Bundeshaushaltes hat uns in jeder Beziehung Recht gegeben. -

Es wurde gesagt, die Regierungsbildung gehöre nicht in den Gemeinderat. Da ist zu fragen, ob die Zusammensetzung der Bundesregierung und ihre Politik keinen Zusammenhang mit den Interessen Wiens hat. Wir haben uns mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die Bundesregierung die Bundeshauptstadt Wien systematisch vernachlässigt und ihr hunderte Millionen entzieht, die wir dringend brauchen. Unserer Auffassung nach hat das sehr viel mit dem Gemeinderat zu tun.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meinte, es stehe schon jetzt fest, daß die Abgabeneinnahmen des Bundes nicht jene Höhe erreichen werden, die die Leistung des Notopfers für 1963 entbehrlich machen würden. Die auf Wien entfallenden 105 Millionen Schilling sind auch bei einem Sieben-Milliarden-Budget ein ganz schöner Betrag. Weitere 27 Millionen entgehen Wien durch den Verzicht auf die Zinsen für die Darlehensstundung. Seinerzeit hat es Vizebürgermeister Slavik als großen Erfolg dargestellt, daß Wien nur 105 Millionen aufzubringen und die zinsenlose Stundung zu gewähren hat, weil diese Leistungen der Länder und Gemeinden an die Bedingung geknüpft waren, daß über die Verwaltungsvereinfachung und über die Kompetenzübertragung an die Länder verhandelt wird. Heute erhebt sich die Frage, was mit dieser Kompetenzübertragung, was mit dieser Verwaltungsreform ist. Wir haben bisher von der Verwaltungsreform nichts gehört, außer vielleicht, daß anlässlich der Auswechslung eines Teiles der Minister einen Tag lang die Chance bestand, einen Unterrichtsminister samt Pension einzusparen: Das war alles, was wir von einer Verwaltungsreform gehört haben. Heute können wir sagen, daß die Länder und Gemeinden bei diesen Vereinbarungen enttäuscht worden sind, daß sie durch Versprechungen zum Verzicht auf Einnahmen überredet worden sind, daß diese Versprechungen bis heute nicht gehalten worden sind.

In seinem Schlußwort erklärte Vizebürgermeister Slavik: Wir hätten überhaupt keine Vereinbarung abschließen müssen, wir hätten auch jedes Verhandeln ablehnen können - aber es soll sich niemand einer Täuschung hingeben: das Bundesfinanzgesetz wird vom Parlament beschlossen. Unsere Aufgabe war es, einen Weg zu finden, der unsere Länder und Gemeinden nicht allzu schwer belastet. Die gesamte Forderung lautete damals, daß durch fünf Jahre hindurch ein Notopfer von insgesamt drei Milliarden Schilling geleistet werde, bei den Verhandlungen ist es dann gelungen, 350 Millionen für den Fall festzu-

legen, daß die Einnahmen eine bestimmte Höhe nicht erreichen; außerdem wurde noch die zinsfreie Stundung zugestanden. Wir hatten auch als Gemeinde Wien weder zuzustimmen noch abzulehnen, weil es sich um ein Bundesgesetz gehandelt hat, das wir durchführen müssen. Es ist daher richtig, daß wir Diskussionen, die ins Parlament gehören - die die Kommunisten freilich im Parlament nicht führen können - auch im Parlament führen und nicht im Wiener Gemeinderat. Schließlich teilt der Referent mit, daß der Landeshauptmann von Wien gemeinsam mit dem Landeshauptmann von Oberösterreich erst vor kurzem das Ersuchen gestellt habe, die Verhandlungen über die Verwaltungsvereinfachung wieder aufzunehmen, sodaß auch diesem Wunsch entsprochen wurde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

#### Dringliche Anfrage wegen St. Marx im TV

Sodann verlas der Schriftführer die dringliche Anfrage der ÖVP betreffend den Fernsehbericht in der Reihe "Horizonte" vom 21. Jänner über den städtischen Schlachthof St. Marx. Wie es in der Einleitung der Anfrage heißt, vermittelte diese Sendung ein "erschreckendes Bild über katastrophale Zustände der städtischen Schlachthofanlagen". In der Bevölkerung sei man der Meinung, daß die Wiener Stadtverwaltung schweres Verschulden treffe, "weil die Einrichtungen des städtischen Schlachthofes in krassem Widerspruch zu den Vorstellungen moderner Schlachthofanlagen stünden".

An den Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten wird daher die Anfrage gestellt, inwieweit die Fernsehsendung den Tatsachen entspricht, welche Maßnahmen zur Modernisierung des Schlachthofes ergriffen wurden, warum man die Einrichtungen des Schlachthofes noch nicht allen modernen Erfordernissen angepaßt hat und weshalb mit dem schon seit Jahren notwendigen Neubau eines Schlachthofes noch nicht begonnen wurde.

GR. Walzer (ÖVP) begründete die Dringlichkeit der Anfrage mit der Feststellung, daß seit der Sendung in weiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung verbreitet sei, im städtischen Schlachthof müßten fürchterliche Zustände herrschen. Die Öffentlichkeit habe

./.

daher ein Recht darauf, über die Klärung dieses Falles informiert zu werden. Er bezweifle jedoch, so stellte GR. Walzer fest, ob es überhaupt richtig gewesen sei, den Schlachthof im Fernsehen zu zeigen. Wer nämlich nichts mit diesen Dingen zu tun hat, wird immer schockiert sein, wenn er sie sieht.

Der Antrag zur Besprechung der Anfrage wurde sodann einstimmig angenommen.

Im Rahmen der Besprechung ergriff zunächst GR. Peter (FPÖ) das Wort und stellte fest, daß seine Fraktion ebenfalls schon eine Anfrage an Stadtrat Bauer in dieser Angelegenheit gerichtet habe. Zu den Bemerkungen von GR. Walzer sei zu sagen, daß nicht das Fernsehen an der Empörung der Bevölkerung schuld sei, sondern die Zustände auf dem Schlachthof. Es sei verwunderlich, daß der Amtsführende Stadtrat nach der Sendung nicht sofort von sich aus etwas unternommen und zumindest das Versprechen abgegeben hat, daß die katastrophalen Zustände schnellstens abgeschafft werden. Dem Fernsehen müßte man dankbar sein, daß es diese Zustände aufgezeigt hat.

In der Beantwortung der Anfrage stellte sodann Stadtrat Bauer (ÖVP) einleitend fest, daß der Fernsehfilm, den er am Tag nach der Sendung in einer eigenen Vorführung sehen konnte, keine objektive Darstellung der Dinge vermittelt habe. Es sei überhaupt äußerst problematisch, Dinge zu zeigen, die keineswegs einen ästhetischen Anblick bilden. Und Schlachthöfe seien nun einmal keine ästhetische Angelegenheit.

Es müsse zunächst darauf hingewiesen werden, daß der Schlachthof von Wiener Neustadt, der in der Sendung als Vorbild hingestellt wurde, keineswegs anders sei als der Wiener Schlachthof. Die Aufnahmen in Wiener Neustadt wurden jedoch gemacht, als im Schlachthof nicht gearbeitet wurde, in St. Marx filmte man, als der Schlachthof in vollem Betrieb war. Wenn ferner in der Sendung gesagt wurde, daß das Fleisch mit schmutzigen Fetzen abgewischt werde, so stimme das ebenfalls nicht, denn die Fetzen seien nicht schmutzig, sondern desinfiziert, aber wie auch bei jedem Fleischhauer, von Blut getränkt.

Der Redner erklärt weiter, er verweise bereits seit 1953 darauf, daß unser Schlachthof veraltet und in seinen Dimensionen zu groß ist. Die Stadtverwaltung hat bereits 100 Millionen Schilling für die Erhaltung und Modernisierung des Schlachthofes aufgewendet. Bei allen Investitionen mußte man aber darauf achten, daß sie auch später für den neuen Schlachthof verwendet werden können. Es sei jedenfalls unverständlich, daß man hingeht und Dinge filmt, die für die Öffentlichkeit keineswegs geeignet sind. Die moderne Desinfektionshalle und die vielen guten und hygienischen Einrichtungen hat man jedoch nicht gezeigt. Eine Darmputzerei zum Beispiel sei auch im modernsten Schlachthof kein schöner Anblick. Das wäre ungefähr so, wie wenn man am Naschmarkt einen Misthaufen filmen würde und dann erkläre, so sehe es am Naschmarkt aus.

Im übrigen sei die Raumplanung für den Schlachthof abgeschlossen. Vielleicht hätte man mit dieser Planung früher beginnen können. Über die Dringlichkeitsreihung aller zu lösenden Probleme entscheidet aber nicht er, sondern schließlich der Gemeinderat. Bei der Planung des neuen Schlachthofes waren viele Wünsche zu berücksichtigen, und es war nicht immer leicht, sie unter einen Hut zu bringen. Es mußte in diesem Zusammenhang ja auch das Problem der Verlegung des Naschmarktes und anderer Märkte gelöst werden. Auch Grundankäufe waren notwendig. Heute können wir mit Befriedigung feststellen, daß es gelingen wird, auf dem Gelände St. Marx nicht nur den neuen Schlachthof zu errichten, sondern auch den Viehmarkt, den Gemüse- und Obstgroßmarkt, einen Blumengroßmarkt und einen Landparteienmarkt.

Wenn andererseits vor kurzem im Rundfunk über Tierquälereien in St. Marx gesprochen wurde, ist dazu zu sagen, daß der Wiener Landtag das Tierschutzgesetz verschärft hat und für seine rigorose Einhaltung sorgt. Ein Inspektor des Tierschutzvereines ist in St. Marx anwesend und es kommen nur ganz selten Übergriffe vor, die jedoch strengstens bestraft werden.

Abschließend ersuchte Stadtrat Bauer die Mitglieder des Gemeinderates, den Schlachthof zu besuchen und sich selbst von den dortigen Verhältnissen zu überzeugen. Im übrigen hoffe er, daß der Gemeinderat möglichst bald den Beschluß für die Errichtung des Schlachthofes und des Großmarktes fassen werde. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Vorsitzende GR. Helene Potetz (SPÖ) ersucht die Mitglieder des Gemeinderates, dem Appell des Redners Folge zu leisten und den Schlachthof zu besichtigen.

Schließlich begründet GR. Lauscher (KLS) seinen Antrag, die Anfrage der Kommunisten auf Einführung einer Kreditaktion für junge Wiener Ehepaare dringlich zu behandeln.

Er weist darauf hin, daß die Erfahrungen für eine solche Aktion bereits gesammelt wurden, und verlangte eine verbindliche Erklärung, daß noch heuer eine solche Kreditaktion begonnen werde. Man sollte nicht länger Ausflüchte suchen, sondern den jungen Menschen rasch die Hilfe gewähren, die sie dringend benötigen.

Der Antrag auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Die Vorsitzende GR. Helene Potetz schloß hierauf die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

## Gustav Turba zum Gedenken

=====

28. Februar (RK) Auf den 29. Februar fällt der 100. Geburtstag des Historikers Univ.Prof. Dr. Gustav Turba.

Er wurde in Agram geboren, verbrachte die Studienzeit in Wien und war zunächst als Mittelschullehrer tätig. 1898 habilitierte er sich für allgemeine neuere Geschichte und erweiterte 1903 die Dozentur auf österreichische Geschichte. Turba hielt auch auf der juridischen Fakultät der Wiener Universität Spezialvorlesungen über neue österreichische Verfassungsgeschichte. Weiters wirkte er als Honorarprofessor an der Technischen Hochschule. Er hat vor allem durch seine Forschungen auf dem Gebiet der österreichischen Geschichte Bedeutung erlangt. Als wertvollste Leistung seines Schaffens wird eine Darstellung der Pragmatischen Sanktion angesehen. Andere Arbeiten beschäftigen sich mit dem Reichsgrafen Seilern, dem Kronjuristen Karls VI., mit der Zeit Philipps II. von Spanien und Kaiser Rudolfs II. Turba war der Berater des Thronfolgers Franz Ferdinand in staatsrechtlich-historischen Fragen. Am 4. November 1933 ist er gestorben.

- - -

## Ballkalender

=====

28. Februar (RK) In der Woche vom 2. bis 8. März finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Freitag: Hernalser Vergnügungszentrum (Nacht der einsamen Herzen), Kongreßhaus Wien (Kultur- und Sportverein der Wiener Gaswerke), Sofiensäle (Faschingsnacht mit Tanz der Kameradschaft der Exekutive Österreichs), Wimberger (Magistratsabteilung 31 - Wasserwerke).

Samstag: Albert Sever-Saal (Justizwachebeamten II), Arbeiterheim Favoriten (Kleingärtner, Betriebsgruppe Favoriten), Casino Zögernitz (SPÖ Alsergrund), Grünes Tor ("ARBÖ" Landesorganisation), Hernalser Vergnügungszentrum (Treffpunkt H.V.Z.), Kursalon (Verband der Köche), Parkhotel Schönbrunn ("ARBÖ" Wieden), Schwechater Hof (SPÖ Landstraße), Sofiensäle (Kränzchen des Arbeiterbetriebsrates der Firma Siemens & Halske), Sokolsäle (Gebirgsländlerverein "Die Alpler"), Weißer Engel (Invalidenvereinigung), Wimberger (Alpine Gesellschaft "Alpenfreunde").

Sonntag: Sofiensäle (Tanzschulen R. Fränzl, Immervoll und Schmidtschläger).

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

=====

28. Februar (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 3. März:

16 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/I/43.

Mittwoch, 4. März:

8 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43.

- - -

Neuer Landesschulinspektor  
=====

28. Februar (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer überreichte heute in den Amtsräumen der Berufsschulabteilung des Stadtschulrates für Wien dem neuernannten Landesschulinspektor Dipl.-Ing. Josef Vojta das Ernennungsdekret.

Präsident Dr. Neugebauer betonte, daß Landesschulinspektor Vojta sein Amt in einer bedeutungsvollen Zeit übernehme. Durch die Schulgesetze des Jahres 1962 ist das Wiener Berufsschulwesen sehr erweitert worden. Zum Amt des Stadtschulrates ist das Kollegium hinzugekommen. Eine Reihe von schwierigen Problemen muß im Zusammenhang mit dem Umbau des Berufsschulwesens gelöst werden. Präsident Dr. Neugebauer wünschte dem neuen Landesschulinspektor viel Kraft und Freude bei der nunmehr folgenden schweren Berufsarbeit. Landesschulinspektor Vojta dankte für die guten Wünsche und für das Vertrauen, das in ihn gesetzt worden ist. Er gab das Versprechen ab, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sich des in ihn gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen.

Landesschulinspektor Dipl.-Ing. Josef Vojta wurde am 8. November 1906 als Sohn eines Maurers in Wien geboren. Er studierte an der Technischen Hochschule Elektrotechnik. Zunächst wirkte er im Wiener Stadtbauamt und wurde im Jahre 1934 Fortbildungsschullehrer. Im Jahre 1947 wurde er mit der Leitung einer Berufsschule betraut, im Jahre 1962 wurde er zum Berufsschulinspektor ernannt.

- - -

Das ärgste Schadenfeuer in Wien seit dem Brand der Börse  
=====

28. Februar (RK) Heute vormittag um 10.41 Uhr langte in der Hauptfeuerwache Am Hof eine Meldung über einen Kabelbrand im Kühlhaus der Vereinigten Eisfabriken in der Brigittenau, Pasettistraße 76, ein. Zunächst fuhr ein Bereitschaftszug mit fünf Fahrzeugen von der Hauptfeuerwache Leopoldstadt aus. Kurze Zeit darauf mußte die Meldung erstattet werden, daß wahrscheinlich zwei Menschen bei einem Keller- und Schachtbrand eingeschlossen wurden.

Wegen der Stärke des Brandes fuhren zwei weitere Bereitschaftszüge von der Hauptfeuerwache Döbling und der Hauptfeuerwache Prater mit einem Tanklöschwagen zur Brandstelle. Bei der Brandbekämpfung stellte sich heraus, daß noch weitere Einsatzzüge notwendig waren. Insgesamt waren schließlich vier komplette Bereitschaftszüge der Feuerwehr am Brandort erschienen. Auch Atemschutztrupps zur Bergung der eingeschlossenen Personen wurden, allerdings erfolglos, eingesetzt.

Die Aktion stand unter der persönlichen Leitung von Branddirektor Dipl.-Ing. Havelka. Vizebürgermeister Slavik und der oberste Chef der Wiener Feuerwehr Stadtrat Sigmund waren am Brandort erschienen. Es steht jetzt in den frühen Nachmittagsstunden schon fest, daß es sich um das ärgste Schadenfeuer in Wien seit dem Brand der Börse handelt.

Bis Redaktionsschluß liegen leider keine weiteren Meldungen von der Feuerwehr vor, doch wird ein abschließender Bericht direkt über die APA ausgesendet werden.

- - -